P R E S S E

Verantwortlich:
Beatrix Brodkorb

Telefon
(030) 227-52388

Fax
(030) 227-56778

E-Mail
pressestelle@
fdp-bundestag.de

WWW.FDP-FRAKTION.DE

FDP im Deutschen Bundestag

Presseinformation Nr. 369

8. Mai 2012

BERNSCHNEIDER: Freiwilligendienste sind bei CDU, CSU und FDP in besten Händen

BERLIN. Zum Vorwurf von DRK-Präsident Rudolf Seiters, der Bund stelle nicht ausreichend Mittel zum Ausbau der Freiwilligendienste zur Verfügung, erklärt der Experte für die Freiwilligendienste der FDP-Bundestagsfraktion Florian BERNSCHNEIDER:

Das liberal geprägte Freiwilligendienstkonzept der Bundesregierung ist ein voller Erfolg, den viele, Opposition wie etliche Verbände, noch vor einem Jahr nicht für möglich gehalten haben. Dass heute über 70.000 Menschen in Deutschland überhaupt die Möglichkeit haben, einen Freiwilligendienst zu absolvieren, ist das Verdienst dieser Koalition. Bevor sich Rudolf Seiters medial über angeblich fehlende Plätze im Bundesfreiwilligendienst (BFD) beschwert, täte er gut daran, diesen Fakt zur Kenntnis zu nehmen.

Bei der Reform der Freiwilligendienste ging es uns aber nie nur um einen quantitativen Erfolg des BFD. Es war stets unser Anspruch, mit dem BFD an die hohen Qualitätsstandards der Jugendfreiwilligendienste anzuschließen. Die Forderung nach immer mehr Plätzen wird diesem Anspruch nicht gerecht und gefährdet damit den nachhaltigen Erfolg unserer Reform. Deswegen setzt die christlich-liberale Koalition zunächst auf die Evaluierung des Bundesfreiwilligendienstes. Die Arbeitsmarktneutralität sowie die Verbesserung der pädagogischen Konzeption des Dienstes, den erstmals Jüngere wie Ältere leisten können, stehen dabei im Fokus. Auch soll der Frage nachgegangen werden, wie eine möglichst unbürokratische Verwaltung des Dienstes gewährleistet werden kann, was ganz im Sinne der Zivilgesellschaft sein dürfte.

Mit insgesamt 350 Millionen Euro Förderung für die Freiwilligendienste, bestehend aus BFD, FSJ und FÖJ, muss sich der Bund nicht vorwerfen lassen, seiner Verantwortung nicht gerecht zu werden. Die Verbände täten gut daran, ihre Forderungen deswegen ähnlich energisch an die Bundesländer zu richten, die in originärer Zuständigkeit für die klassischen Jugendfreiwilligendienste stehen.